

Erzähler vom Westermwald

Hachenerberger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westermwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Volk- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weglassen.

Hachenburg, Freitag den 22. November 1918.

Abzugsgeld (nach dem Gesetz)
die Freibeilagen (Bergbeilagen) aber deren
Raum 20 Hg., die Freibeilagen 10 Hg.

11. Jahrg.

274 Bezugspreis: vierteljährlich 2.70 M.,
monatlich 90 Pf., mit Bringenlohn; durch die
Post 2.55 M. bezugsgeldlos, ohne Beilagen.

Mit- oder gegeneinander?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wer mit seinem Herzen auf der Seite der siegreichen Revolution steht, wer beruhigen und begütigen will, wenn es noch nicht so geht wie es gehen soll, spricht von barmherziger Überlieferung der Räder, die die ungeheuerliche Ermordung der Weltgeschichte in wenigen Tagen vollbracht und nun natürlich glauben einmal: sie brauchen nur befehlen und anzuordnen, dann müsse auch alles nach dem Willen sich abwickeln und dann: sie allein wären die einzigen Instanzen, die fernerhin überhaupt noch etwas sagen hätte. Wer das Werk dieser Männer mit großer Zurückhaltung beurteilt und sich ihnen zunächst zur Verfügung stellt, weil er einseht, daß sie unbestimmt unterstützt werden müssen, wenn wir nicht im Meer der Verwirrung ertrinken sollen, der wird auch zur Ruhe und Besonnenheit mahnen, wo Reibungen auftreten, wird selbst mit gutem Beispiel vorangehen, wo die Wunden der Revolution noch nicht verheilt sind, wird er nicht nur die von ihren Bewunderern verheißenen Wunden, sondern auch die von ihnen selbst verursachten Wunden im Auge fassen. Im Ziel sind wir uns ja im Augenblick alle einig: nicht rückwärts schauen jetzt, nicht klagen und klammern um Dinge, die unwiederbringlich verloren sind, sondern heilen und helfen, raten und raten, wo jeder von uns nur die Möglichkeit dazu findet, damit wir ohne größere Katastrophen binnen kürzester Zeit wieder zu geordneten Zuständen kommen und neu aufbauen können, was der Sturmwind der Revolution in seinem alten Bestand für immer vernichtet hat.

Der Überlieferer, den die einsichtigen Leiter der neuen Regierung selbst lebhaft bedauern, zeigt sich einmal in den Forderungen der Revolution, in den Forderungen der Arbeiter und Soldaten, die sich plötzlich in den Mittelpunkt der Ereignisse gestellt haben und bei dem von ihnen erforderten Versagen des alten Apparats natürlich auch in instinktiven Drang empfinden, überall selbst Hand anzu legen, so gut oder so schlecht es eben im ersten Augenblick gehen will, nur damit die kommunale oder die staatliche Maschine, der bürgerliche oder militärische Mechanismus dieses Volkstums nicht zum Stillstand kommt. Da werden sich unermessliche Kollisionen, Ein- und Übergriffe, Verwirrungen bringen, und diese sind von allen Beteiligten um so schwerer empfunden, als wir jetzt gar nicht dringlicher brauchen als klares und sicheres Handeln. Die Arbeitslosigkeit der Männer, denen die Verwaltung der Verhältnisse in die neue Zeit obliegt, muß aber natürlich leiden, wenn sie sich fortwährend mit Unabsehbarkeiten herumzuschlagen haben, und das sind die Unannehmlichkeiten, die für unbestimmt gehalten werden, muß Empfindlichkeiten werden, die immer wieder mit vieler Mühe überwunden werden können. So hört man z. B., daß vielfach die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sich einmütig für alles und jedes für zuständig halten, ohne Unterschied, ob es sich um lokale oder provinzielle oder gar staatliche Angelegenheiten handelt, um Fragen der Gesetzgebung, der Verwaltung, der Exekutive oder Überwachung. Sie wollen befehlen, was ihnen richtig erscheint, sie wollen ihre Befehle ausführen und niemandem zur Rechenschaft ablegen — also das genaue Gegenteil der geordneten Demokratie, die in der Trennung der Gewalten ihre sicheren Grundlagen findet und vor allem davon das Volk mit der Kontrolle seiner Beauftragten vertraut. Dazu kommen die ungeheuren Schwierigkeiten, die durch den stürmischen Charakter unserer Demokratie bedingt sind und nur bei zentraler Regelung aller Angelegenheiten bewältigt werden können. Von der unheimlichen Forderung einer geregelten Verfassung gar nicht zu reden, wenn z. B., wie es auch bereits vorgekommen ist, einzelne Arbeiter- und Soldatenräte für ihre Bezirke Ausfuhrverbote erlassen — ganz so wie es in den letzten Tagen der kaiserlichen Obrigkeit die Landräte hier und da auch getan haben.

Auch an der Spitze des neuen Volkstaates, in der Reichshauptstadt, herrscht alles andere als Ordnung und — Unterordnung der Gewalten. Der große Unfug mit den Räten, die sich irgendwo und irgendwo annehmen, um im Trüben auf Blöcke auszuweichen, hat allerdings so ziemlich aufgehört. Mehr und mehr kommt auch Sinn und Methode in den Aufbau der Behörden, das Zusammenwirken ihrer Organe. Aber bei der eigentlichen Reichsleitung klappert es noch nicht so, wie man es wünschen muß. Sie wird gebildet durch den Vollzugsrat, der aus Wahlen der Großherzoglichen Räte hervorgegangen ist, und durch den Rat der Volksbeauftragten, den seinerseits wieder der Vollzugsrat einberufen hat. Zwischen diesen beiden Körperschaften ist es aber offenbar noch zu keiner endgültigen Abgrenzung ihrer Rechte gekommen. Wer hat zu befehlen, wer zu gehorchen? Sollen die Volksbeauftragten, also die Minister, sich auf Schritt und Tritt kontrollieren lassen, nicht nur, sondern beauftragen, anweisen, korrigieren lassen, sollen sie auf jeden eigenen politischen Willen verzichten, und in kleinen wie in großen Entscheidungen, hauptsächlich aber in großen ohne selbständige Verantwortlichkeit lediglich an die Instruktionen des Vollzugsrates gebunden sein? Sollen sie z. B. in der Frage der Ein-

berufung der Nationalversammlung, die schließlich für unsere ganze Zukunft entscheidend ist, ihre eigene Überzeugung auszusprechen? Oder die Sozialisierung der Volkswirtschaft nach Maß und Tempo den stürmischen Wünschen anpassen, auch auf die Gefahr hin, daß Deutschland dadurch vollends zugrunde gerichtet wird? Man sieht: hier geht es um kühnste Entscheidungen. Alles hängt davon ab, wer in diesem Ringen siegen wird: die ruhige Einsicht in die Lebensnotwendigkeiten eines immer noch großen Volkes oder die Parteileidenschaft, der es mehr um die Verwirklichung des Bestehenden, als um den Aufbau einer neuen Staatsordnung zu tun ist. Hier, an der Spitze der Revolution, verbindet sich mit dem Überlieferer einzelner Führer der Revolution nach ganzer Arbeit, wie sie — in Anbetracht geleistet worden ist. Dieses Beispiel hat, so scheint es, immer noch nicht abschreckend genug gewirkt.

Ob das Sechsmännerkollegium stark genug sein wird, um sich mit den Befugnissen, die es braucht, gegen terroristische Kräfte jeder Art zu behaupten, kann heute noch niemand wissen. Daß wir auf unheimliche Überraschungen aus der Revolution gefaßt sein müssen, braucht heute zutage nicht mehr gesagt zu werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Aber das Schicksal Elsaß-Lothringens ist immer noch nichts befriedigend worden. Die neue deutsche Regierung vertritt mit allem Nachdruck die Ansicht, daß die Reichsstände selbst über ihre Zukunft entscheiden sollen. Aus diesem Gesichtswinkel heraus haben Krieger und Haase folgendes Telegramm an den Straßburger Soldatenrat im Namen der Regierung gerichtet: „Die Regierung Elsaß-Lothringens durch den Verkauf präjudiziert nicht die Lösung der Elsaß-Lothringischen Frage nach den völkerrrechtlichen Grundsätzen der Selbstbestimmung der Völker.“

+ Das Blatt der unabhängigen Sozialdemokratie, die Freiheit, schreibt, die sozialistische Regierung sei entschlossen, die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige, in denen die Vorbedingungen für die Verwirklichung gegeben sind, sofort in Angriff zu nehmen. Es werde unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen berufen werden, die unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Reichsämter die nötigen Maßnahmen beraten und zur Durchführung vorschlagen wird.

+ In Schleswig-Holstein sind Gerüchte über Verhandlungen mit Dänemark über die Abtretung eines Teiles von Nord-Schleswig im Umlauf. Angeblich sollte ein Gebiet, das sich bis zur Linie Tondern nördlich Schleswig erstreckt, bereits abgetreten sein. Ob solche Verhandlungen überhaupt stattgefunden haben, ist nicht festzustellen. Von einem Abschluß irgendwelcher Verhandlungen oder Abtretungsabsichten kann aber bestimmt nicht die Rede sein.

+ Wie die Germania hört, gedenkt die jetzige Regierung des preussischen Kultusministeriums (für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung) die Trennung von Kirche und Staat dadurch zu beginnen, daß sie vom 1. April 1919 die Zahlung der Kultusgelder einstellt. Auch soll das Verbot der Mitter von Staats wegen eingezogen werden. Die Kölnische Volkszeitung bemerkt dazu, ein solcher Schlag gegen Katholiken und Protestanten würde im ganzen Land neben maßloser Verblüffung stärksten Widerspruch hervorrufen.

+ Von einem Durchmarsch polnischer Truppen durch Deutschland meldet der polnische Militärattaché in Wien. Dort ist nämlich die zuverlässige Nachricht eingegangen, daß die 106. österreichische Landsturmdivision, bestehend aus den Landsturmbataillonen 31, 32, 18, ferner einigen polnischen Batterien, am 6. November von der Front zurückgezogen und der Nationalität nach in Gruppen eingeteilt worden sei. Die Stärke sei die polnische Gruppe, welche sich im Warthe durch die nach Saarbrücken und Frankfurt befindet. Dieser Mannschaft wurde die Verpflegung nur bis zum 15. veranschlagt. Nunmehr ist sie ihrem Schicksal überlassen, da der fremdsprachigen Truppe deutscherseits keine Eisenbahnbeförderung zugesandt worden ist, die Stillbenutzung über die Einquartierung verweigert. Ohne Nahrungsmittel, Wäsche usw., von Krankheiten bedroht, marschieren die Polen ohne Haie, um irgendwo Obdach und Schutz zu finden.

+ Zur Frage der Zahlungsmittelnot hat im bayerischen Finanzministerium eine Besprechung mit Vertretern aller Münchener Banken stattgefunden. Das Ergebnis war negativ, weil sämtliche Bankvertreter sich entschieden gegen Zwangsentnahmen aussprachen. Im übrigen ist beschlossen worden, das Notgeld des Volksstaats Bayern vorläufig in Höhe von 60 Millionen Mark ausgeben zu lassen.

Spanien.

+ In Madrid und anderen Städten ist es zu Kundgebungen für die Republik gekommen. Überhaupt hat sich die Lage in ganz Spanien erheblich aufgelockert. Die katalonischen Parla-Mitglieder sind nach Barcelona abgefahren und hielten dort eine Kundendemonstration zu-

gunsten eines selbständigen Katalonien ab. Die verschiedenen Fraktionen der republikanischen Partei bilden einen gemeinschaftlichen Ausschuss. Die Parteien der äußersten Rechten kündigten ebenfalls einen Propagandafeldzug an. Aus In- und Ausland.

Berlin, 18. Nov. Die amtliche Bezeichnung des bisherigen Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten lautet fortan: „Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“.

Berlin, 19. Nov. Die preussische Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach diejenigen Gemeindevertreter, deren Mandate abgelaufen sind, vorläufig weiter amtieren. Eine Änderung des Wahlgesetzes für die Gemeindevertretungen ist in Vorbereitung.

Berlin, 19. Nov. Im hiesigen kaiserlichen Schloß wurden außerordentliche große Lebensmittelvorräte zum Privatgebrauch der kaiserlichen Familie gefunden.

Berlin, 19. Nov. Die Ernennung des Grafen Kehler zum deutschen Gesandten in Warschau ist erfolgt und dieser bereits nach dort abgefahren.

Warschau, 19. Nov. Der Legationsführer Bilubski wurde mit unbeschränkter diktatorischer Gewalt ausgestattet.

Wien, 19. Nov. Nach einer Meldung aus Warschau richtete Bilubski an Marschall Foch einen Funkpruch, in dem er als Oberkommandant der polnischen Armee ersucht, die polnischen Truppen, die einen Bestandteil der französischen Armee bilden, sofort nach Polen zurückzuführen.

Genf, 19. Nov. An der Friedenskonferenz werden, wie aus Paris gemeldet wird, sich auch Vertreter der polnischen Regierung beteiligen.

Speyer, 19. Nov. Die Räumung der Rheinfälle wird sich in drei Abschnitten vollziehen, für die verschiedene Zeitpunkte festgelegt sind. Bis zum 9. Dezember mittags wird die Freimachung des gesamten linken Rheinufers erfolgen.

Lissabon, 19. Nov. Nach Meldungen aus Portugal ist das ein Generalstreik ausgebrochen.

Paris, 19. Nov. Die Lebensmittelförderung des Landes ist für die nächsten sechs Monate gesichert.

Kommt die Nationalversammlung?

Noch keine Entscheidung.

Die kaum durch die Presse gegangene Nachricht, daß die Wählerlisten für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 2. Januar 1919 aufgelegt werden und die Wahlen selbst am 2. Februar 1919 stattfinden würden, wird bereits wieder amtlich durch die Reichsregierung bezeichnet. Das amtliche Bureau meldet:

Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Dem Rat der Volksbeauftragten ist bis jetzt ein Entwurf zur Wahlordnung für die Konstituante noch nicht zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Daß die Vorbereitungen für die Konstituante sobald wie möglich in die Wege geleitet werden sollen, hat die Reichsregierung wiederholt erklärt.

In den Blättern der unabhängigen Sozialdemokraten wie der ganz links stehenden, bolschewistische und kommunistische Tendenzen predigenden Spartakusgruppe, der Freiheit und der Roten Fahne, zeigt sich leicht verheißene Abneigung oder offene leidenschaftliche Bekämpfung des Planes zu einer Nationalversammlung. Demgegenüber erklärt der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands, also der sogenannten alten oder Mehrheitssozialdemokratie, bereits einen

Aufruf zum Wahlkampf.

In diesem heisst es u. a.: „Rechts sammeln sich die alten bürgerlichen Parteien, um die Geschicke Deutschlands möglichst in ihrem Sinne zu beeinflussen. Links von uns stehen Gruppen, welche die Entwicklung in Bahnen drängen wollen, die unseren demokratischen Grundsätzen widersprechen. Schwere Kämpfe stehen uns daher bevor. Im kommenden Frühjahr sind Vertretungskörperschaften für Reich, Staat und Gemeinden zu wählen. Eine außerordentlich rege Agitations- und Werbearbeit muß einleiten! Zu dieser fordern wir unsere Anhänger hierdurch auf.“

Ein der unabhängigen Sozialdemokratie angehörendes Mitglied der Regierung erklärte einem Mitarbeiter des „Tag“, die Regierung habe endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. Er halte es für ausgeschlossen, daß die Wahlen bereits am 2. Februar stattfinden könnten — von anderen Gründen abgesehen, schon aus rein technischen Ursachen. Die Auflösung des Reiches, die Stilllegung der ungeheuren Kriegsinindustrie würden noch längere Zeit andauernde Binnenwanderungen hervorrufen, und man könne nicht Wählerlisten anlegen, solange ein so großer Teil des Volkes noch nicht wieder feste Wohnsitze eingenommen habe. Dazu komme weiter, daß man ja den künftigen Umfang des Reichsgebietes noch gar nicht kenne, weder die möglichen Verkleinerungen des alten Reichsgebietes, noch den Umfang des sich dem Reich angegliedernden Deutsch-Ostereich. Aus allen diesen Gründen glaubt der Volksbeauftragte, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung jedenfalls nicht so frühzeitig erfolgen werde, als man vielfach annehme.

Diese wichtigste Frage unserer innerpolitischen Entwicklung, die für unsere Zukunft hin und her grundlegender Bedeutung ist, scheint also noch sehr in der Schwebe zu

sein und vorläufig bleiben zu sollen. Es kommen im ganzen ca. 40 Millionen Wähler in Betracht.

Berlin, 19. November.

Die Berliner Arbeiterräte versammelten sich im Birkus Vulkan, um über die gegenwärtige Lage, über die bisherigen Leistungen der Regierung und die zukünftigen Zuständigkeitsverhältnisse zu verhandeln. Es kam zu gründlichen, teilweise stürmischen Auseinandersetzungen.

Keine Besetzung von Belgoland.

Summe in Belgien.

Wie amtlich verkündet wird, ist mit einer Besetzung Belgolands durch die Feinde nicht mehr zu rechnen, da der Entente das etwaige Rechtsmittel dazu genommen worden ist. Die Waffenstillstandsbedingungen hatten die Besetzung von Belgoland für den Fall angedroht, daß die ausfahrenden deutschen Schiffe nicht bis zum 18. November vormittags in Bewegung sein sollten. Tatsächlich sind diese Schiffe in Bewegung.

Zu klären besteht zwischen den eigentlichen Waffenstillstandsbedingungen und den Zusatzbedingungen ein bemerkenswerter Widerspruch. Nach den Abmachungen sollten die Schiffe „interniert“ werden und zwar in abgerüstetem Zustand.

In den Zusatzbestimmungen heißt der Ausdruck „übergabe“ und es wurde gefordert, daß die Übergabe in voller Ausrüstung erfolgen sollte. Für uns gelten selbstverständlich nur die Waffenstillstandsbedingungen und wir haben die Schiffe in abgerüstetem Zustand in Kurs gesetzt.

Kämpfe zwischen deutschen Truppen.

Aber die Vorgänge in Belgien wird noch gemeldet, daß die Stappen-Truppen sich anscheinend in völliger Auflösung aus Belgien zurückgezogen haben. Die rebellierenden Truppen haben zum Teil ihre Gewehre für 50 Pfennige, Handgranaten für 30 Pfennige verkauft. Automobile waren für 100 Mark zu haben. Die Kämpfe, die stattgefunden haben, haben sich keineswegs nur zwischen den deutschen Truppen und der belgischen Bevölkerung, sondern zum Teil auch zwischen den deutschen Soldaten unter sich abgespielt. Inzwischen ist in Brüssel belgische Kavallerie eingetroffen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 19. Nov. Der Oberkommandierende der deutschen Streitkräfte im Kaukasus bittet wegen Mangels an anderen Verbindungen die deutsche Presse zu veröffentlichen, daß im Kaukasus alles ruhig ist und die dort stehenden deutschen Truppen sich wohlbefinden.

Berlin, 19. Nov. In den westlichen Provinzen herrscht noch immer die Befürchtung, daß die wehrpflichtige Bevölkerung in den von der Entente zu besetzenden Gebieten interniert werden würde. Die Befürchtungen sind, wie von zuständiger Seite betont wird, unbegründet.

Amsterdam, 19. Nov. Nach Meldungen aus Brüssel steht der Nord- und Süd-Schachtele-Bahnhof in Brüssel infolge einer Munitionsexplosion in Brand.

Amsterdam, 19. Nov. Nach Meldungen aus London haben die Franzosen gestern ihren feierlichen Einzug in Saarbrücken gehalten.

Daag, 19. Nov. Ein Teil der Nachburen der aus Brügge und Antwerpen sich zurückziehenden deutschen Truppen ist auf Schiffen und Schleppbooten über die Schelde nach Holland gekommen. Der Volkverkehr vom Reiche nach den von den feindlichen Streitkräften zu besetzenden Gebieten bleibt unverändert aufrechterhalten, wird aber vermutlich unter der Kontrolle des Feindes vor sich gehen.

Deutschlands Gesamtverluste.

Mehr als 1 1/2 Millionen Tote.

Berlin, 19. November.

Auf Grund zuverlässiger Unterlagen wird hier mitgeteilt: Die Gesamtverluste Deutschlands betragen 1 580 000

Tote. Als Vermisste werden 260 000 angemeldet, davon ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Die Zahl der in Feindeshand befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490 000. Verwundet worden sind 4 Millionen Soldaten, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet wurde.

Andere Zahlen gab ein Mitglied des AEM in Danzig. Danach seien über 2 Millionen Mann gefallen oder ihren Verwundungen erlegen, darunter 60 000 Offiziere. Für mindestens 5 Millionen Soldaten müßte der Staat Kriegsschadigentenrente zahlen. Auch unter der Zivilbevölkerung habe der Krieg furchtbare Opfer gefordert. Es sei nicht zu hoch gegriffen, wenn man behauptet, daß etwa 600 000 Personen an Hunger oder Unterernährung gestorben sind.

Die Heimkehr der deutschen Vorkämpfer.

Hammerstein (Kreis Schlochau), 19. Nov. Der erste Transportzug mit 25 Offizieren und 405 deutschen Mannschaften ist aus der Türkei hier zur Weiterleitung nach der Heimat eingetroffen. Es befinden sich auch 200 deutsche Ver- und Munitionsarbeiter darunter. Der Zug führt wertvolle Materialien und Hilfsmittel mit. Weitere Transporte auf der Strecke Nikolajew—Golobn—Brest-Litowsk—Potsdam sind unterwegs.

Widerung der Blockade nach dem Vorfrieden.

Dafel, 19. Nov. Nach der „Times“ erklärte Staatssekretär Lansing im Senat, eine Widerung der Blockade gegen Deutschland werde erfolgen, wenn die Unterzeichnung des Vorfriedens erfolgt sei.

Entwaffnung regellos zurückkehrender Soldaten.

Düsseldorf, 19. Nov. Im Bezirk des 7. Armee-Korps verfiel der AEM, daß sämtliche Rheinbrücken und Rheinschiffe mit Truppen besetzt werden sollten, um die nicht in ihren Verbänden gebliebenen Soldaten in Empfang zu nehmen und zu entwaffnen.

Londons Presse für Lebensmittelzufuhr nach Deutschland.

Daag, 19. Nov. Die maßgebenden Londoner Blätter fordern die teilweise Aufhebung der Blockade gegen Deutschland und die Einführung von Lebensmitteln, um die drohende Anarchie zu verhindern.

Wilson's Reise nach Europa.

Washington, 19. Nov. Aus dem Staatsdepartement wird mitgeteilt, daß Präsident Wilson sofort nach Eröffnung des Kongresses nach Frankreich zu reisen beabsichtigt, um an den Beratungen über die hauptsächlichsten Punkte des Friedensvertrages teilzunehmen. Der ganzen Konferenz wird er nicht beiwohnen. Begleitet wird er von den amerikanischen Friedensdelegierten.

Dauernde Entente-Kontrolle über Dardanellen und Bosporus.

Daag, 19. Nov. Lord Cecil sagte im Unterhaus, die Entente gedenke die dauernde Kontrolle über die Dardanellen und den Bosporus zu behalten.

Amerikanischer Lebensmitteltransport nach Europa.

Daag, 19. Nov. Der amerikanische Präsident meldet aus Washington, das amerikanische Kriegsdepartement verfüge, daß eine größere Anzahl Kriegsschiffe für den Lebensmitteltransport nach Europa zur Verfügung gestellt werde.

Frieden nur mit ordnungsgemäß gebildeter Regierung.

Genf, 19. Nov. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris, die Ententerregierungen seien sich noch nicht einig über Zeit und Form der Friedensverhandlungen. Auf alle Fälle solle der Frieden nur mit einer ordnungsmäßig gebildeten Regierung in Deutschland abgeschlossen werden.

Wilson'sche Grundsätze auch für Nord-Schleswig.

Kopenhagen, 19. Nov. In einer Versammlung zu Apenrade erklärte der dänische Reichstagsabgeordnete Hansen, Staatssekretär Dr. Solf habe ihm geäußert, die Regierung stehe auf dem Standpunkt, auch die nord-schleswigsche Frage müsse in Übereinstimmung mit den Wilson'schen Grundsätzen gelöst werden.

Clementeau gegen den Volkshetzerismus.

Genf, 19. Nov. Im Kammerauschuß für Auswärtiges führte Clementeau aus, die Alliierten seien gewillt, in Rußland Ordnung zu schaffen. Dabei sagte er, unter dem holländischen

politischen Regime seien 30 000 bürgerliche Verbannten die gerichtliche Verhandlung und Urteilspruch erschlossen worden.

Der Kurfürst in Kiew.

Stockholm, 19. Nov. „Socialdemokraten“ melden aus Kiew: Die Stadt Kiew wurde von der ententeumständlichen ukrainischen Freiwilligenarmee eingenommen. Der ukrainische Nationalverband, der alle ukrainischen demokratischen, bürgerlichen sowie sozialistischen Vereine umfaßt und der Kongress nach Kiew auf den 17. November einberufen ist, ist nach Belaja Berog geflohen. Dort sollte er ein Plakatatorium ein, das als Volksregierung der Ukraine bezeichnet wird. Skoropadski soll noch nicht gestürzt sein, sondern mit Gegenregierung um die Macht kämpfen.

Sowjetische Bewegung in Ostland.

Daag, 19. Nov. Das holländische Neu-Bureau meldet aus Paris: Sämtliche Behörden in Sibirien und im russischen Rußland, soweit sie nicht mit der Bolschewistischen verfaßt sind, haben sich der vorläufigen Regierung von Rußland unter Führung von Kientew angeschlossen. Der Rußland wurde von der Entente zum Oberbefehlshaber der russischen Truppen ernannt, die nicht unter der Sowjetischen stehen.

Schweizer Gläubiger für Belgien.

Zürich, 19. Nov. Der Schweizerische Bundesrat hat dem König der Belgier aus Anlaß seines Einganges in Brüssel ein Glückwunschtelegramm geschickt, worin die Belagerung Belgiens als die größte Gerechtigkeit gefeiert wird. Die Freunde in Belgien, so heißt es in dem Telegramm, ist die Freude der Schweizer.

Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Ordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Am 18. November haben die großen Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften für die Übergangszeit Vereinbarungen getroffen, deren wichtigster Punkt die Einführung des Achtstundentages ist. Die Regierung veröffentlicht nun diesen Vertrag und richtet die Leiter der Reichsbetriebe, sowie an die der kommunalen und Landesbetriebe das Ersuchen, für die Beachtung der Bestimmungen in ihren Betrieben Sorge zu tragen. Danach ist das für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich bedeutungsvolle Abkommen Gesetz geworden.

Beachtenswert sind namentlich folgende Vorschriften: Jede Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig. Sämtliche aus dem Dienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, sofort nach Meldung in die Arbeitsstelle wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände haben durch die Schaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen dahin wirken, daß diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.

Die Arbeitsbedingungen sind je nach den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen (Tarifverträge) zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen, was zwar schleunigst. Für jeden Betrieb mit mindestens 50 Arbeitern ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber machen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden. Während also bisher der Abbruch von Kollektivverträgen von der freien Entscheidung der einem Berufskreise angehörigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände abhing, müßte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch derartige Verträge geordnet werden. Ein auf paritätischer Grundlage richtiger Zentralausschuß hat die weitere Durchführung der Demobilisierung, Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, sowie die zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterkraft, insbesondere der Schwerkräftigen, erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Dieser Zentralausschuß hat aber auch grundsätzliche Fragen zu entscheiden, soweit sich solche bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben.

Ein sehr wesentlicher Punkt der Vereinbarung, der sich auch die maßgebenden Arbeitgeberverbände unter der Ägide der Verhältnisse unterwerfen mußten, bildet die

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

19) Nachdruck verboten.

„Die schwarzen Kleider werden ausrangiert aus meiner Garderobe, Hanna; Sie können sie für sich verwenden.“

Hanna kniffte erfreut und lächelte der Herrin dankend die Hand.

Sie wußte sehr wohl, warum Gräfin Gerlinde so gut gelaunt war, wie sie stets die Gründe zur guten oder zur schlechten Laune ihrer Herrin kannte.

Es wäre der Hefe nicht eingefallen, diese kostbaren abgelegten Kleider selbst zu tragen. Sie schickte sie nach Berlin an ein Geschäft, wo derartige Roben von Bühnenkünstlerinnen sehr gern gekauft wurden, und erhielt dafür ganz anständige Preise. Da die Gräfin ziemlich verschwenderisch war in der Anschaffung von Toiletten und nie eine Robe sehr lange trug, hatte Hanna eine sehr hübsche Nebeneinnahme. Sie wußte aber sehr wohl, daß dieser Luxus von ihrer Herrin nicht mehr im gleichen Maße fortgesetzt werden konnte, wenn diese erst mit dem Entkommen einer entthronten Königin im Witwenhaus zu rechnen hatte.

Vorläufig schien es Graf Rainer noch als selbstverständlich zu betrachten, daß die für die Gräfin geschickten Rechnungen im Mantel des Schlosses bezahlt wurden. Er hatte mit der Gräfin noch in keiner Weise über ihre veränderten Einnahmen gesprochen, und sie ignorierte diesen Punkt mit ebensolcher Selbstverständlichkeit.

Wozu erst davon reden, da sie doch gesonnen war, alles beim alten zu lassen?

Hanna war also genau so interessiert, daß ihre Herrin zum zweitenmal auf den Thron gehoben wurde in Ramberg, wie diese selbst.

Und alle diese Pläne und Entwürfe, all diese Hoffnungen und Erwartungen, die sich mit der Person des Grafen beschäftigten, waren nun inzwischen schon hinfällig geworden.

Gräfin Gerlinde saß in ihrem blauen Salon in einem der hohen Beistühle geschmiegt und hielt lässig ein Buch in ihren schönen Händen. Ihre Füßchen stützte sie auf das vergoldete Bronzeständer des Mar-

morkamins. Sie bot ein wundervolles Bild. Ihre leichte Erscheinung hob sich sehr reizvoll von dem tiefen Königsblau ab. Die vergoldeten Gestelle der Kolo-Möbel mit ihren geschweiften Formen paßten in Stil allerdings nicht zu ihrer modernen Erscheinung. Man hätte dies Zimmer vielleicht besser mit einer zierlichen Kolo-Dame belebt; aber schöne Frauen bilden eben in jeder Gewandung ein erfreuliches Bild. In träumender Haltung hielt sie den blonden Kopf geneigt, und ihre Augen blinnten mit sehnsüchtigem, erwartungsvollem Glanze vor sich hin. Ihre Lippen brannten heiß und glühend aus dem weißen Gesicht, und auch die zierlichen Ohren waren gerötet, ein Zeichen verhaltener Erregung bei ihr.

Sie wartete auf Graf Rainer.

Schon war mehr als eine halbe Stunde vergangen, seit er heimgekehrt war, und er hatte sich noch nicht bei ihr sehen lassen. Wohl wußte sie, daß er nie die Formen ihr gegenüber verlegte, und daß er nie in Reifelseidern ihren Salon betreten hätte, sie wußte also, daß er sich erst umkleiden würde; aber ihre Nerven waren bis zum Zerreißen gespannt, und die Minuten dehnten sich ihr bis zu Ewigkeiten.

Sie wurde so nervös, daß ihr ein Angstgefühl nahekam, er könnte vielleicht heute abend überhaupt nicht mehr für sie sichtbar werden.

Was sollte sie dann tun? Sie glaubte es nicht ertragen zu können. Gerade heute durfte er ihr nicht fernbleiben, heute, da ihr ganzes Sein von Sehnsucht nach ihm erfüllt war.

Als ihre Erregung schon aufs höchste gestiegen war, vernahm sie endlich draußen seinen schnellen, elastischen Schritt. Sie richtete sich laufend empor. War es kein Irrtum? Aber nein — schon öffnete der Däkel die Tür und meldete den Grafen. Ein Fußsessel der Erlösung entfloß ihren Lippen. Sie winkte dem Diener zu, den Grafen einzulassen.

Und dieser trat ein und kam mit einem strahlenden, frohen Gesicht auf sie zu. Sie streckte ihm mit einem sinnbetörenden Lächeln die Hand entgegen.

„Endlich wieder da, lieber Rainer! Du hast mich durch deine Gesellschaft so sträfflich verwöhnt, daß ich mir in diesen Tagen deiner Abwesenheit sehr einsam und verlassen voram,“ sagte sie in der sanften, einschmeichelnden Art, die ihr zur Verfügung stand, wenn es ihr darauf ankam.

Setn Blick streifte erstens über ihre Erscheinung hin.

„Ich freue mich, Gerlinde, dich in einem weichen Kleide zu sehen — zum ersten Male ohne Trauerkleid.“ Das will ich als ein freundliches Omen ansehen, sagte er herzlich, ihr die Hand küßend.

„Ein Omen wofür, Rainer?“ fragte sie, ihn mit einem strahlenden Blick messend.

„Das sollst du gleich hören. Aber erst sage mir, wie ist dein Besinden?“

Sie lächelte läßig.

„Gut, seit du wieder in Ramberg bist,“ neckte er sie, „dich war furchtbar betrübt, daß du so ohne Abschied davon gefahren warst, und habe mich furchtbar langweilt.“

„Du mußt entschuldigen, Gerlinde. Ich hatte mich erst am Morgen fest zu dieser Reise entschlossen, und da wollte ich dich nicht stören.“

„Wo warst du nun?“

„In der Residenz.“

„Oh! Ich glaubte, du seiest nach Berlin gekommen, um Henning zu besuchen. Hastest du etwas Wichtiges, in der Residenz zu besorgen, oder hast du nur deinem Freunde, Czjellens von Waldow, einen Besuch abgemacht?“

„Beides, Gerlinde. Du sollst gleich alles hören.“ Gräfin Gerlinde nickte lächelnd. Es erschien ihr nun gar nicht mehr wichtig, zu hören, was ihr Rainer, die Residenz getrieben hatte. Sie zeigte auf einen Sessel ihr gegenüber.

„Bitte, nimm doch Platz — du hast doch noch wenig Zeit für mich. Ich habe die Stunden gezählt, die zu deiner Rückkehr, die doch so unbestimmt war. Mein Diemann, dieses Ungeheuer, hat mir nicht einmal gemeldet, daß du deine Ankunft telegraphisch anfragen geseht hättest. Nur zufällig hörte ich es von einem als er den Wagen für dich bestellen wollte,“ schenkte sie mit einem schmolenden Lächeln.

Er hatte in dem bezeichneten Sessel Platz genommen. Seine gütigen Augen sahen warm und freundlich in ihr Gesicht.

„Deimann wird nicht geahnt haben, daß ich meine Rückkehr so sehr interessiert, sonst hätte er es sicher gemeldet.“

Fortsetzung folgt.

Die Bestimmung, daß ausschließlich die Gewerkschaften die berufene Vertretung der Arbeiterkraft sind. Die sogenannten wirtschaftsrechtlichen oder gelben Verbände werden „vollkommen sich selbst überlassen“, also fallgelassen. Viele Jahre hindurch haben sich die großen mächtigen Arbeitgeberverbände, an ihrer Spitze der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, auf das Entschiedenste gegen die Einführung des Achtstundentages gewehrt; und nun haben die Hilger und Rirdorf, die Schinnes und Eugenbergs schließlich doch ihren Namen unter den Vertrag setzen müssen. Wohlgerne: das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, und Verdienstminderungen dürfen aus Anlaß dieser Verfügung nicht stattfinden.

Es ist nun kaum zu bezweifeln, daß an ein Fallen der hohen Kriegslöhne unter dem Einfluß dieser Bestimmungen zunächst nicht zu denken ist, eher noch an ein allgemeines Steigen der Löhne. Und nun entsteht die ernste Frage, ob wir bei so hohen Löhnen nach Friedensschluß nicht konkurrenzfähig zu bleiben, zumal doch auch an eine billige Verwertung von Rohprodukten zurzeit nicht zu denken ist. Darum dürfte das Ausland bei der Regelung unserer Lohnverhältnisse ohne Zweifel sehr bald seinen Einfluß geltend machen.

Neue Ziele im Wirtschaftsleben.

Die neue preussische Regierung kündigte am 13. 11. die „Vergesellschaftung der industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe“ an; zwei Tage vorher erklärte der für das ganze Reich maßgebende Berliner VBR: „Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist durchführbar und notwendig.“ Die Frage der Vergesellschaftung ist somit brennend. Wir haben darum einen bekannten, der sogenannten Mehrheitspartei angehörenden Schriftsteller, gebeten, uns einen Aufsatz über diesen Gegenstand zu schreiben, den wir hier folgen lassen:

Im Reich und in den Einzelstaaten ist durch die siegreiche Revolution mit einem Schlage die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt und die neuen Machthaber sind bereits mit zwei programmatischen Kundgebungen vor das Volk getreten. Sie haben sich, wie sie selbst sagen, die Aufgabe gestellt, „das sozialistische Programm zu verwirklichen“. Ohne unterzuden zu wollen, inwieweit alle Teile des verkündeten Programms überhaupt als rein sozialistische Forderungen anzuprehen sind, dürfte es doch gerade jetzt von Interesse sein, über den Entwicklungsgang, wie die Sozialdemokraten ihn sich vorstellen, einigen Aufschluß zu erhalten.

Das vom Parteitag in Erfurt 1891 beschlossene Programm der Sozialdemokratischen Partei erklärt, daß die ökonomische (wirtschaftliche) Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes führt, daß immer weitere Kreise des Volkes heillosen Proletariats werden, die im Dienste einer immer kleiner werdenden Zahl von Kapitalisten und Proprietären arbeiten müssen. Immer schärfer werden die Gegensätze, immer erbitterter der „Klassenkampf“ zwischen Besitzenden und Besitzlosen, bis schließlich der Tag kommt, wo das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden sein wird mit deren zweckentsprechender Verwendung, dann tritt das ein, was der alte Bebel stets als den „großen Kladderadatsch“ vorhergesagt hat.

Diese Festlegung einer angeblich mit Notwendigkeit vor sich gehenden Entwicklung ist in der Partei selbst nicht unbestritten geblieben. Vor allem war es Edward Bernstein, der in wichtigen Punkten diesen Gedanken entgegensteht und eine Nachprüfung des Programms auch in der Richtung einer erhöhten Bedeutung der praktischen Gegenwartsaufgaben forderte. Er wies nach, daß die Entwicklung nicht, oder doch wenigstens nicht übermäßig zu einer Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen führt, so daß sie daher mindestens nicht überall zu der erwähnten Ausprägung der Gegensätze zu führen braucht. Auch Bernstein stütze sich wie Kautsky, der der Verfasser des Programms von 1891 ist, auf Marx und geht diesem größten sozialistischen Denker wie anderen Geistesheroen, daß man mit Zitaten aus ihren Schriften alles beweisen kann. Einige aber sind bei der großen Richtung in der Sozialdemokratie in der Forderung der Erhebung der bisher unregelmäßigen Produktion für den Verkauf durch eine geordnete gemeinwirtschaftliche Produktion für den Bedarf. Der überzeugte Sozialist sieht in dieser geregelten Erzeugung die einzige Möglichkeit, um eine gerechtere Verteilung der Waren nach dem Bedarf und nicht wie bisher nach dem Besitz durchzuführen. Schon heute wird eine solche sozialistische Erzeugung in allen hochentwickelten Industrien für möglich gehalten, in denen die Person des einzelnen Unternehmers immer überflüssiger geworden ist und die ja auch vielfach schon eine gesellschaftliche Form angenommen haben. Das sozialistische Programm sieht als Ziel die Zusammenfassung aller Betriebe zu einer einzigen großen Genossenschaft. Zunächst soll eine moderne Skala der Normen dafür abgelesen. Für die Zeit des Zukunftsstaates aber hofft der sozialistische Marxist auf eine internationale Regelung nach dieser Frage.

Anlässe zu einer solchen gesellschaftlichen Erzeugung haben seit langem existiert. Eine ganze Reihe von Funktionen, die früher der Einzelwirtschaft überlassen waren, sind gesellschaftliche Funktionen geworden, so das Ansehen und die Versorgung der Armen, Alten und Kranken. Auch des Verkehrsweßens hat sich der Staat bemächtigt und die preussischen Eisenbahnen waren bis zum Kriege der größte Staatsbetrieb der Welt, während in den westlichen Ländern noch heute einzelne Eisenbahnen Privateigentum sind. Das Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Verhältnisse ist trotz der Bekämpfung durch die „Manchester“-Theorie – sogenannt, weil in Manchester die Gegnerschaften diese Entwicklung zuerst am härtesten hervorbrachten – und dehnte sich auf neue Gebiete aus. Post und Telegraphen, Domänen und Bergwerke werden schon lange staatlich verwaltet und jetzt drängt die Entwicklung zum Monopol hin. Das Geldbedürfnis der Staaten ist rasch. Zur Deckung der Ausgaben reichen die bisherigen Steuerquellen nicht aus und so muß der moderne

Staat wohl oder übel dazu übergehen, sich durch Monopole neue ergiebige Geldquellen zu verschaffen. Die Vorbereitungen für solche Staatsmonopole sind jetzt viel günstiger geworden, als sie vor Jahrzehnten waren, denn mit der zunehmenden des kapitalistischen Großbetriebes ist der Übergang in das unpersonliche Eigentum wesentlich erleichtert worden. In der Hauptfrage aber hat die Geldnot der Staaten dem Monopolgedanken zum Siege verholfen. In Deutschland wurde vor wenigen Monaten mit der Einführung des Branntweinmonopols der erste Schritt getan. Durch dieses Gesetz übernahm das Reich alle Brennereien, die jetzt nur noch für Rechnung des Reiches Branntwein herstellen dürfen. Da während des Krieges alle Kartoffeln für die menschliche Ernährung gebraucht werden, wird freilich dieses Monopol vorläufig nicht viel abwerten.

Weitere Monopole sind geplant. Ganz sicher wird das Tabakmonopol kommen, um das sich 1878 schon Bismarck bemüht hat. Er legte nach umfangreichen Vorarbeiten 1882 dem Reichstage den ersten Monopolentwurf vor, der aber gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt wurde. Man begnügte sich damals und bei späteren Finanzreformen mit kräftigen Erhöhungen der Tabaksteuer und des Tabakzölles. Auch Salz und Zucker eignen sich hervorragend zur Monopolisierung, während sie jetzt nur Gegenstand einer sehr komplizierten Steuererhebung sind. Auch die Bünthölzer, die erst bei der letzten Steuerreform mit herangezogen wurden, sind für eine Überführung in den Monopolbetrieb reif. Weiter werden ein Versicherungsmonopol, d. h. die Übernahme des ganzen privaten Versicherungswesens (Lebens-, Feuer-, Einbruch-, Versicherung usw.) auf das Reich geplant und es läßt sich nicht leugnen, daß auf diesem Gebiet geradezu hervorragende Vorbedingungen für ein Staatsmonopol vorliegen. Auch ein Elektrizitätsmonopol wird kommen und durchführbar sein, denn wie kaum auf einem anderen Gebiet hat sich hier eine Entwicklung zum Großbetrieb vollzogen. Der einzelne Verbraucher wird persönlich von einer solchen Umstellung überhaupt nicht betroffen werden.

Die Liste könnte noch beliebig fortgesetzt werden. Man spricht bereits von einem Petroleumhandelsmonopol und von einem Monopol auch im Getreidehandel, das ja praktisch jetzt in der Verwaltung des Getreides und durch die Reichsgetreidekasse längst besteht. So wird auch die wirtschaftliche Allmacht des Staates immer größer, und vieles was früher als sozialistische Utopie erschien, wird jetzt nicht zuletzt infolge des Weltkrieges bald Wirklichkeit werden.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 22. November.

Ueber die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage herrscht allgemein große Unwissenheit. Die eingeführte staatliche Umformung und die Überführung in den Friedenszustand bringt gewaltige Umwälzungen, sodaß eine Aufklärung von berufener Seite dringend nötig ist. Aus diesem Grunde hat sich der Arbeiter- und Soldatenrat Hagenburg mit Erfolg bemüht, einen mit den einschlägigen Verhältnissen wohl vertrauten und beschlagenen Redner sowie guten Kenner unserer Gegend, der durch einfache, schlichte Darstellung die Hörer zu fesseln weiß, für einen ausführenden Vortrag zu gewinnen. Herr Pfarrer Schütz aus Stein-Neulisch, der kürzlich zum 1. Vorsitzenden des Arbeiter- und Bauernrates des Oberweserwaldkreises gewählt worden ist, wird am nächsten Sonntag, 24. November, nachmittags 4 Uhr im Friedrich'schen Gartenkafee in Hagenburg über „Die gegenwärtige Lage“ sprechen. In dieser wichtigen Versammlung ist das Erscheinen aller Bürger und Landwirte des unteren Kreisteiles dringend erwünscht.

Auch ohne die Vorhersage der Wetterkundigen haben wir bisher reichlich verspürt, daß ein vorzeitiger und strenger Winter in Aussicht steht. Zu ungewöhnlich früher Zeit hat sich der Frost eingestellt und uns schon Kälte Temperaturen gebracht, wie sie nur in der Neujahreszeit in hiesiger Gegend üblich sind. Auch der erste dieswintertliche Schnee stellte sich anfangs der Woche ein, der aber nur ein kurzes Dasein feierte. Da auf Johannistag ebenfalls noch Schneefall eingetreten war und fast während des ganzen Monats Juni spärliche Kühle herrschte, können wir von nur fünfmonatiger Sommerzeit reden. Hoffen wir, daß all die Anzeichen, die auf einen strengen Winter schließen lassen, diesmal nicht in Erfüllung gehen. Bei der herrschenden Knappheit an Brennstoffen sowie der uns fehlenden inneren Stoffe wäre ein gelinder Winter nur zu wünschenswert.

Unterstützung für entlassene Arbeiter früher „kriegswichtiger“ Betriebe. Seit Abschluß des Waffenstillstandes fällt die Voraussetzung, unter der Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie als „kriegswichtig“ zu gelten hatten. Damit ist auch dem Fortbestehen der Verordnung, wonach Arbeiter jener Betriebe, die infolge Rohlenmangels feiert müssen, aus Reichsmitteln entschädigt werden, der Boden entzogen. Trotzdem soll die Entschädigung Arbeitern solcher Betriebe, die die Arbeit wegen Rohlenmangels vor dem 12. November 1918 eingestellt oder beschränkt haben, bis zum 25. November fortgewährt werden. Die neu geschaffene Erwerbslosenfürsorge sieht aber ausdrücklich eine besondere Regelung der Unterstützung von Arbeitern vor, die infolge vorübergehender Betriebseinschränkungen Lohnausfall erleiden.

Zur Regelung der Rohlenwirtschaft ergeht folgender Aufruf, von den Volkshausauftragten Bert und Laue unterzeichnet: Die Rohlenwirtschaft ist ebenso wichtig und gefährdet wie die Lebensmittelwirtschaft. Die Rohlennot wird trotz Abstellung der Kriegswirtschaft unverändert groß bleiben, schon wegen der Verkehrsschwierigkeiten. Die Aufrechterhaltung der Rohlenwirtschaft ist abhängig von dem geordneten Weiterarbeiten der Organisation. Die örtlichen Organe sind: für den Hausbrand die Städte und Kommunalverbände, für Gas, Wasser, Elektrizität und die Rohlenverteilung der Fabriken die Rohlenabteilungen und Elektrizitätsabteilungen bei den bisherigen Kriegsamtsstellen. Diese sind bereits angewiesen nach Gesichtspunkten der Friedenswirtschaft zu arbeiten. Die Arbeiter- und Soldatenräte, überhaupt alle

durch den Übergang der Regierungsgewalt in die Hände des Volkes entstandenen politischen Organe werden aufgefordert, in die bestehende Organisation der Rohlenwirtschaft nicht einzugreifen, sondern deren etwa erforderliche Umgestaltung der zentralen Volksregierung zu überlassen. Nur so kann das schwerste Unheil von dem Volke und dem zurückstehenden Deere abwendet werden.

Feldbauaufsicht. Man kann verschiedene Meinungen darüber sein, ob die Schädlinge unserer Feldfrüchte während des Krieges zugenommen haben. Sicher ist das mit dem Unkraut der Fall, zu dessen Bekämpfung die Arbeitskräfte, namentlich aber auch die Gerätschaften mehr und mehr fehlten. Zweifelhaft ist es aber hinsichtlich der tierischen Schädlinge, deren Ausbreitung vielfach ja auch von Bekämpfungsmitteln leider unabhängig ist. Wie dem auch sei, die Mäusebekämpfung ist stets, auch wenn es kein eigentliches Mäusejahr war, eine Pflicht des Landwirts gewesen, der er sich auch jetzt, trotz dringender anderer Arbeiten nicht entziehen sollte. Die Ausrottungsmittel stehen allerdings jetzt ebenso wenig zur Verfügung, wie Getreide zu Giftpräparaten, da die Reichsgetreidekasse zu derartigen Zwecken nichts freigibt. Wir haben aber in den Mausepophus-Kulturen, deren Anwendung in den letzten Jahren sichergestellt ist, ein Mittel, welches eine erfolgreiche Bekämpfung gewährleistet. Manche klagen allerdings über Verletzungen, es geht aber mit diesen Epophus-Kulturen ähnlich wie mit allen neuen Einführungen, ihre Handhabung wird zunächst nicht verstanden und es werden Fehler gemacht. Ein gewisses Nachdenken und Sorgfalt gehören allerdings zur Anwendung dieser Kulturen. Namentlich darf man nicht zu wenig auslegen und keine Kulturen verwenden, die über 4 Wochen alt sind. Aber man hat das ja auch nicht nötig. In der richtigen Weise angewandt, dürfen sich die Landwirte von den Epophus-Kulturen jedenfalls einen sicheren Erfolg versprechen. Der Kauf der Präparate ist allerdings Vertrauenssache und man soll daher nur von guten Bezugsquellen, z. B. von den bakteriologischen Instituten der Landwirtschaftskammern wie z. B. Halle und Witten laufen. Die verhältnismäßig geringe Ausgabe für Bekämpfung der Kulturen macht sich jedenfalls gut bezahlt.

Nah und Fern.

König Friedrich August nimmt Aufenthalt in Schlesien. König Friedrich August von Sachsen ist mit seiner Familie in dem Schlosse Sibyllenort eingetroffen. Er hat dem Schutze des Volkes zu Breslau und des Soldatenrates der Provinz Schlesien angeschlossen. Der Zentralausschuß des Soldatenrates Schlesien hat dem König seinen besonderen Schutz zugesichert.

Schwere Anklagen gegen die Bäckereien. In einer Versammlung Berliner Bäckereimeister am 18. November warf ein selbstgekaufter Redner dem bisherigen Innungsvorstand vor, er habe sich bei der Verteilung unbedingte Vorteile verschafft. Er behauptete ferner, man habe festgestellt, daß die Innung billige Mehlsorten, so besonders Mehl, welches sonst zur Fabrikation von Bundebruten benutzt wurde, aufgekauft und dafür das gute ausgewiesene Mehl zu hohen Preisen vertrieben habe. Im Jahre 1917 soll dabei ein Gewinn von 750 000 Mark erzielt worden sein.

Wer gilt als minderbemittelt? Aber diese Frage spricht sich die Kleiderkiste der Stadt Leipzig in einer Bekanntmachung über die Verlegung der minderbemittelten Bürgererschaft dahin aus, daß als Minderbemittelte zunächst die zu gelten haben, deren Einkommen bis zu 3100 Mark jährlich beträgt, sodann verheiratete Personen ohne Kinder bis zum Einkommen von 6300 Mark, mit einem unterhaltungsbedürftigen Kinde bis zu einem Einkommen von 6900 Mark, mit zwei Kindern bis 7300 Mark usw. Jedes weitere Kind wird mit 1000 Mark angerechnet. Ein Familienvater, der z. B. 9300 Mark jährlich verdient und vier Kinder zu unterhalten hat, gilt also als minderbemittelt.

Festnahme einer Güterräuberbande. Auf den Güterbahnhof Hamburg-Süd wurden 18 junge Burschen im Alter von 14 bis 17 Jahren dabei überrascht, als sie einen mit Lebensmitteln, Zigarren und anderen Waren beladenen Eisenbahnwagen erbrochen hatten und betrauben wollten. Ein Bahnbeamter schloß herbei, schloß plötzlich die Tür und hatte die ganze Bande gefangen. Die jugendlichen Räuber wurden dann zur Polizeiwache gebracht.

Die Kriegsschädigten an die neue Regierung. Der freie wirtschaftliche Verband Kriegsschädigter für das Deutsche Reich, Sitz Leipzig, hat sich mit einem Gesuch an die neue Regierung gewandt, in dem um sofortige allgemeine Rentenversicherungsschlüsse für alle Kriegsschädigten und um einen gerechten Ausgleich der Rentenlage zwischen Mannschaften und Offizieren, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend, gebeten wurde.

Die rote Fahne. Zentralorgan des Sportklubverbandes, erscheint nunmehr regelmäßig als Tageszeitung und wird in der Druckerei des „kleinen Journals“ gedruckt. Für die Schriftleitung zeichnet Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Es ist immerhin zu begrüßen, daß die Sportklubgruppe jetzt ein publizistisches Obdach gefunden hat und nicht mehr Gewaltmaßnahmen gegen bürgerliche Blätter unternimmt.

Anonyme Zuschriften, die in der Hauptkassette falsche Andeutungen enthalten, gehen nach Mitteilung des Hamburger Fremdenblatts jetzt zahlreich beim VBR ein. Das Publikum wird dringend ersucht, vor Erstattung solcher Anzeigen die Richtigkeit der Angaben genau zu prüfen, da sonst den Anzeigenden unter Umständen recht erhebliche Schwierigkeiten entstehen können. Auch ist es vor allem erforderlich, daß jeder, der Veranlassung zu haben glaubt, Mißstände und Ungeheuerlichkeiten dem VBR mitzuteilen, solche Eingaben nicht anonym macht, sondern den Mut haben muß, diese mit seinem vollen Namen zu decken.

Beseitigung des Adels in der tschechischen Republik. Das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtet, die tschechische Republik habe mit einem Federstrich alle Titel und Verzierungen des Namens abgeschafft, durch welche sich bisher der Adel vor der übrigen Menschheit ausgezeichnet habe. Besonders schmerzhaft sei es für die große Zahl der in den letzten Jahrzehnten, und namentlich in der allerletzten Zeit frisch laidierten Edelmänner, aus

bürgerlichen Einfachheit ihrer leiblichen Eltern zurückzuführen, ob sie nun Wappen und Krone im Staatsdienst als Frucht sonstiger Emphase erworben hätten.

Ein Meister der Schlafkunst. Von einem Manne, der in der Kunst des Schlafens so leicht seinen Meister findet, erzählt ein schwedisches Theaterblatt. Der kürzlich verstorbene Theaterleiter Boul Friis konnte, wenn er müde war, unter allen Umständen schlafen, mochte in seiner nächsten Umgebung auch noch so großer Lärm verübt werden. Eines Abends kam er in einer kleinen Stadt ins Wirtshaus und suchte sogleich das vorherbestellte Zimmer auf, um sich alsbald zur Ruhe zu begeben. Nebenbei war ein Festsaal, in dem gerade der städtische Handwerkerverein seinen alljährlichen Ball abhielt. Das Bett stand an der Tür, die die Verbindung zu dem Festsaale herstellte, und dahinter, auf der andern Seite der Tür, war eine kleine Tribüne errichtet, worauf die aus sechs Mann bestehende Blechmusik des Vereins tätig war. Friis schloß trotz des Lärmes sofort ein. „Bisshen“ — so erzählte er am andern Morgen einem Freunde — „rüttelte jemand an meinem Arm, und als

ich ganz wach geworden war, fragte ich, warum man mich im besten Schlaf löse? Das ginge nicht so weiter, antwortete man mir: ich hätte so geschrien, daß die Musiker nicht hätten weiterspielen können!“

Volls- und Kriegswirtschaft.

* Netzt die Kartoffelernte! Das Kriegsernährungsamt und das Ministerium für Landwirtschaft richten an alle Arbeiter- und Bauernräte sowie an alle Behörden den dringenden Auf, überall dort, wo noch Kartoffeln im Boden sind, bei den Truppen und unter den Arbeitslosen männlichen und weiblichen Geschlechts durch Vermittlung der örtlichen Arbeitsnachweise sofort die Arbeitskräfte aufzubringen, die erforderlich sind, die Ernte schnell zu vollenden. Noch viele hunderttausend Sentner Kartoffeln, Kartoffeln und Rüben sind im Boden, weil ausreichende Arbeitskräfte zum Ausheben fehlen. Werden diese Feldfrüchte nicht bald geerntet, vernichtet sie der Frost. Das wäre ein unerklärlicher Verlust für unsere ohnehin schwer gefährdete Volksernährung. Die Landwirte, die noch Kartoffeln im Acker haben, sind verpflichtet, von den nächstgelegenen Truppenteilen und Behörden die erforderlichen Arbeitskräfte gegen Zusicherung eines angemessenen, die

heutigen Lebensverhältnisse berücksichtigenden Lohn schnellstens anzufordern. Bei lässigem Vorgehen der Landwirte oder Verweigerung angemessener Lohnzahlung müssen die Behörden geeignete Zwangsmaßnahmen ergreifen, um die Feldfrüchte vor dem Verderben zu bewahren.

* Die Protration noch nicht festgestellt. Die Meldungen Berliner Zeitungen, daß die Protration auf 2400 Gramm erhöht werde und mit dem nächsten Monat in Kraft treten soll, ist unzutreffend, da die Beratungen im Schoke des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin und mit den Vertretern der Berliner Arbeiterschaft noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Eine Erhöhung der Protration wird aber auf jeden Fall eintreten.

* Erleichterte Bezugsscheinpflcht für Damenkleidung. Die Reichsbefehlshaberstelle hat sich, wie der Hoffischen Zeitung mitgeteilt wird, bereit erklärt, für Damenkleidung eine Erleichterung der Bezugsscheinpflcht einzutreten zu lassen. Während der nächsten zwei Monate erhält jede Dame auf Antrag einen Bezugsschein ohne Prüfung der Notwendigkeit des Bedarfs. Wegen derselben Erleichterung für Herrenbekleidung können ausreißt Erwägungen.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhöl in Hachenburg.

Die zur Verfügung stehende Milch reicht für Kin er und Kranke nicht aus. Auf Attest sollen in Zukunft nur die Mengen Milch gegeben werden, die für die Kranken unbedingt erforderlich sind. Sämtliche Attest-Inhaber werden deshalb nochmals ärztlich untersucht. Die Untersuchung ist unentgeltlich und findet am Montag von 10—11 Uhr für die Attest-Inhaber Familienname A—J Dienstag von 10—11 Uhr für die Attest-Inhaber Familienname K—S im Hotel Schmidt statt. Attest-Inhaber, die sich der Untersuchung nicht unterwerfen, verlieren den Anspruch auf ihr Attest. Hachenburg, 22. Nov. 1918. Arbeiter- und Soldatenrat Hachenburg.

Am Samstag, den 23. November 1918, nachmittags von 1 bis 5 Uhr findet in dem Geschäft von Otto Schulz Butterverkauf statt und zwar wie folgt:

von 1—2 Uhr Fettkarte Nr. 1—125	120—250
2—3 „ „ „ 126—250	251—375
3—4 „ „ „ 251—375	376—Schluß.
4—5 „ „ „ 376—Schluß.	

Preis pro Pfund 4,30 M. Hachenburg, den 21. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Am Samstag, den 23. ds. Mts., nachmittags von 2—6 Uhr findet in der Schule hier selbst Verkauf von Kaffee statt. Gleichzeitig wird auf Lebensmittelfarte 42 1/2 Pfd. Gruppen unentgeltlich verabfolgt, weil beim letzten Verkauf am 16. ds. Mts. ein Fehlbetrag bei der Berechnung unterlaufen war. Außerdem können diejenigen, die beim letzten Verkauf ihre Waren nicht erhalten haben, auf Lebensmittelfartenabschnitt 41 dieselben in Empfang nehmen. Hachenburg, den 22. November 1918. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Wir warnen jedermann nachdrücklich vor dem Ankauf von Gegenständen, die sich im Besitze der durchziehenden Truppen befinden. Es handelt sich dabei wohl in fast allen Fällen um Militär- bzw. Staats-Eigentum, über das den Soldaten kein Verfügungsrecht zusteht. Derartige Ankäufe sind nicht nur rechtswirksam, sondern ziehen für den Käufer auch die Gefahr einer Bestrafung wegen Hehlerei nach sich. Hachenburg, den 18. November 1918. Arbeiter- und Soldatenrat Hachenburg.

Wir geben für Spareinlagen bei täglicher Verzinsung 4% Zinsen. **Kreissparkasse Marienberg.** Neuheiten in Ansichtskarten wieder eingetroffen. Buchhandlung Th. Kirchhöl, Hachenburg.

An die Bürger und Landwirte!

Ueber **Die gegenwärtige Lage** spricht am **Sonntag, den 24. November d. Js., nachmittags 4 Uhr** in Hachenburg im Friedrich'schen Saale der Vorsitzende des Arbeiter- und Bauernrates im Oberwesterwaldkreise **Herr Pfarrer Schütz aus Stein-Neufirch.** Im Anschluß daran freie Diskussion. Keiner fehle in dieser ersten Zeit in dieser so wichtigen Versammlung. Arbeiter- und Soldatenrat Hachenburg.

Papierservietten, glatt und gepreßt
Pergamentpapier in Rollen und großen Bogen
empfiehlt Buchhandlung Th. Kirchhöl, Hachenburg.

Kochsalz, Viehsalz

Kainit, Kali

zur Zeit in großen Mengen vorrätig und empfehlen wir unseren verehrlichen Abnehmern, sich ihren Bedarf rechtzeitig einzudecken.

Phil. Schneider G. m. b. H.
Hachenburg. Fernruf Nr. 2.

Mein Lager in Möbeln

ist wieder reichlich gefüllt: komplette Schlafzimmer, Bettstellen Vertikows sowie Küchenschränke, Glasschränke u. s. w. **Karl Baldus, Hachenburg.**

Bekanntmachung.

Angeichts der Zahlungsmittelnot haben wir und Interesse unserer Vereinsmitglieder zur Herausgabe von Gutscheinen in Beträgen von **M. 100.—, 50.—, 20.— und 5.—** veranlaßt gesehen. Wir richten deshalb an die Geschäftswelt die Bitte, diese Gutscheine bei Wareneinkäufen pp. gefälligst in Zahlung nehmen zu wollen. Die Einführung der Gutscheine erfolgt vom 1. 1919 ab durch die Gewerkschaftskasse in Eisfeld und durch die Siegener Bank Handel und Gewerbe, Siegen. Eisfeld, den 19. November 1918. **Gewerkschaft Eisenzecher Zug.**

Das Schneiden von Brennholz

wird von mir jederzeit in meiner Werkstätte ausgeführt.

Heinr. Orthog, Drechslerei
Hachenburg.

Magenwein

empfehlen K. Dabach, Hachenburg.

Dienstmädchen

Ein in Haus- und landwirtschaftl. Arbeiten erprobte sowie ein zuverlässige landwirtschaftl. Arbeiterin oder junger Bursche steht Karl Baldus, Hachenburg.

6 Stück achtwöchige Ferkel

stehen zum Verkauf bei **Heinr. Leyendecker** Wied (Westerwald).



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschluß gefallen, heute morgen 1/5 Uhr meinen lieben Mann, unseren guten, treusorgenden Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Wagner August Groß

im Alter von 63 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit aus einem arbeitsreichen Leben zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

In tiefer Trauer:
Frau August Groß Louise geb. Brag und Kinder.

Hütte und Hanwerth, den 22. November 1918.
Die Beerdigung findet Montag nachmittag 2 Uhr statt.

Hachenburg
Fernruf Nr. 50

Weinhandlung Herm. Karpinski



Hotel **zur Krone**

empfiehlt seine verbürgt reinen

Naturweine

faßweise und im Fuder eingekauft, daher reelle und äußerst preiswerte Lieferung.

In Flaschen von **6,50 Mk. exkl. Glas** bis edelstem Wachstum.